

# WAHLPROGRAMME ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

## Eckpunkte für eine nachhaltige (Entwicklungs-)Politik

Globale Herausforderungen wie die Corona-Pandemie, der Klimawandel und extreme soziale Ungleichheit zeigen unmissverständlich: Wir alle leben in der Einen Welt! Mehr denn je braucht es jetzt entschlossenes politisches Handeln, das die Lebensgrundlagen auf unserem Planeten bewahrt, das Allgemeinwohl in den Mittelpunkt stellt und niemanden zurücklässt.

In Vorbereitung auf die Bundestagswahl 2021 fordert VENRO daher von allen kandidierenden Parteien, die Umsetzung der Agenda 2030 und ihrer Nachhaltigkeitsziele (SDG) sowie des Pariser Klimaabkommens als zentrale Aufgabe zukunftsfähiger Politik voranzutreiben. In den Wahlprogrammen müssen dazu konkrete Ziele und Maßnahmen festgeschrieben werden.

Dialogfähigkeit, internationale Kooperation und Multilateralismus sind die Grundlagen nachhaltiger Politik. Nationale Egoismen, Populismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung müssen entschieden zurückgewiesen werden. Sie spalten Gesellschaften und gefährden die Menschenwürde und den sozialen Frieden.

Die deutsche Politik muss vor diesem Hintergrund ein langfristiges internationales Unterstützungsprogramm für den Globalen Süden mittragen, um in Folge der Corona-Pandemie humanitären Notlagen zu begegnen. Krankheit, Hunger und sozialer Ungleichheit in und zwischen den Gesellschaften muss konsequent entgegengetreten werden.

Die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit, die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sowie die Verwirklichung von Kinderrechten sind in allen Politikbereichen Querschnittsaufgaben von hoher Dringlichkeit.

Bildung für nachhaltige Entwicklung und globales Lernen müssen in Deutschland und weltweit durch konkrete bildungspolitische Maßnahmen gestärkt werden, damit Menschen aller Generationen ihr Wissen um globale Zusammenhänge erweitern und eine nachhaltige Zukunft mitgestalten können.

Die Auswirkungen, Chancen und Risiken der Digitalisierung müssen systematisch berücksichtigt werden, um die Digitalisierung in den Dienst nachhaltiger Entwicklung zu stellen.

Verantwortliche Politik schützt und unterstützt aktive Zivilgesellschaften weltweit, damit sie zu einer lebenswerten Welt beitragen können. Nur dadurch werden gesellschaftliche Ungleichheiten und verfestigte Machtstrukturen in Frage gestellt und zugunsten sozial und anderweitig benachteiligter Menschen umgeformt.

Diese Eckpunkte für eine nachhaltige und zukunftsfähige Politik müssen aus entwicklungspolitischer Sicht vor allem durch folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

1. Die Bundesregierung muss die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie zu einem ambitionierten und verbindlichen Instrument weiterentwickeln und die Umsetzung von Maßnahmen eng begleiten.
2. Die bestehenden Klimaschutzziele müssen erreicht und für 2030 erhöht werden. Dafür sind schnellere Umsetzungsschritte und die Beendigung von Subventionen für fossile Energien nötig. Die Klimafinanzierung für Entwicklungsländer muss bis 2025 von vier auf mindestens acht Milliarden Euro pro Jahr verdoppelt werden. Die Hälfte dieser Mittel sollte für Anpassungsmaßnahmen verwendet werden.
3. Deutschlands politisches Handeln einschließlich der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen muss mit den Zielen der Agenda 2030 und des Pariser Klimaabkommens in Einklang stehen. Die Einhaltung internationaler Abkommen zu Menschenrechten, Sozialstandards und Umweltschutz ist als Grundlage für deutsche und europäische Investitionen und Handelsabkommen festzuschreiben. Staatliche Maßnahmen zur Förderung von Menschen- und Arbeitsrechten sowie Klima- und Umweltschutz müssen immer Vorrang vor Handelsregeln haben.
4. Die Anwendung menschenrechtlicher Instrumente und die Achtung des humanitären Völkerrechts sind wesentliche Bestandteile internationaler Zusammenarbeit und nachhaltiger Entwicklungspolitik. Daher müssen menschenrechtliche Auswirkungen politischen Handelns in allen Ressorts und Politikbereichen systematisch überprüft werden.
5. Auf Basis der Leitlinien „Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern“ muss die zivile Krisenprävention finanziell und personell gestärkt werden, um das friedenspolitische Engagement Deutschlands praktisch umzusetzen. Dazu gehört der Ausbau von Strukturen wie dem Zivilen Friedensdienst (ZFD).
6. Die Weltgesundheitsorganisation muss in ihrer übergeordneten und global koordinierenden Rolle institutionell und finanziell gestärkt werden, um gemeinsam mit anderen internationalen Gesundheitsorganisationen die Eindämmung von Pandemien voranzubringen und das Menschenrecht auf Gesundheit im Sinne einer Universal Health Coverage (UHC) zu verwirklichen.
7. Die ärmsten und fragilsten Länder brauchen Unterstützung und ausreichende finanzielle Mittel, um Armut, Hunger und sozialer Ungleichheit zu begegnen und ländliche Entwicklung und Ernährungssicherheit zu fördern. Dabei müssen die vielfältigen Beiträge und Kompetenzen zivilgesellschaftlicher Akteure gestärkt werden.
8. Die Globalen Pakte für Migration und Flucht müssen national und international umgesetzt werden. Die Chancen von Migration für die Betroffenen und ihre Herkunfts- und Aufnahmeländer müssen besser genutzt, legale Migrationswege ausgeweitet und die Rechte von Migrant\_innen uneingeschränkt geschützt werden.
9. Benachteiligte Gruppen müssen national wie international systematisch gefördert werden. Ein wichtiger Beitrag dazu ist eine stärkere Unterstützung beim Ausbau sozialer Sicherungssysteme in den Ländern des Globalen Südens.
10. Zivilgesellschaftliche Handlungsräume müssen geschützt und NRO stärker gefördert werden. Ihre Einbindung in internationale Organisationen, Prozesse und Foren muss durch neue digitale Teilhabeformen sichergestellt werden.

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**

Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO)

Stresemannstraße 72, 10963 Berlin

Tel: 030/263 92 99-10; Mail: sekretariat@venro.org

**Redaktion:** Anke Kurat, Ian Mengel, Daniela Röß**Endredaktion:** Janna Völker

Berlin, Oktober 2020